

Gegen die Sponsoren des Terrors: Keine Geschäfte mit dem iranischen Regime!

Während die iranische Oppositionsbewegung gnadenlos zerschlagen wird, treffen sich die Sponsoren des Regimes zum geselligen Austausch in der Handwerkskammer Hamburg. Auf Einladung der Deutsch-Iranischen Handelskammer (DIHKeV) soll dort am 13. Juli ab 9 Uhr deutschen Exporteuren Know-How zur »Im- und Exportzertifizierung im Irangeschäft« vermittelt werden. Was Jahr für Jahr für neue Rekordumsätze sorgt, der deutsche Handel mit dem Gottesstaat, soll schließlich unter dem Krieg, welchen die Mullahs gegen die eigene Bevölkerung führen, keinesfalls zu leiden haben. Seit ihrer Gründung im Jahre 1979 steht die Islamische Republik Iran für Unterdrückung nach innen und Aggression nach außen: für die Verfolgung und Ermordung von Oppositionellen, Anders- und Ungläubigen; für die Erniedrigung von Frauen zu Wesen zweiter Klasse; für die Hetze gegen »den Westen«; für die permanente Vernichtungsdrohung gegen Israel. Mit Präsident Ahmadinejad hat die herrschende Theokratie unter Führung von Ayatollah Khamenei schließlich alles auf die antisemitische Karte gesetzt: auf den Bau der Atombombe, mit welcher der mörderische Wahn endlich ganz in die Tat umgesetzt werden kann.

Dass das Regime sich dabei genötigt sah, selbst seine abgekartete Wahlveranstaltung (an der nur vom klerikalen Wächterrat genehmigte Kandidaten teilnehmen dürfen) noch zusätzlich zu manipulieren, zeigt, wie es um die Unterstützung der Gottesherrschaft in der Bevölkerung bestellt ist. Die seitherigen Massenproteste belegen, dass das Regime in der schwersten Krise seiner Geschichte steckt. Nie war es daher dringender, dem menscheitsfeindlichen Spuk der Islamischen Republik ein Ende zu machen – denn andernfalls drohen nicht nur weitere Massaker, sondern ein veritables staatliches Selbstmordattentat: ein mörderischer Krieg im ganzen Nahen Osten.

Deutschland ist der wichtigste westliche Handelspartner des Iran, die iranische Ökonomie ist von deutscher Hochtechnologie abhängig. Würde deren Export, wie es iranische Oppositionelle seit langem fordern, konsequent unterbunden, könnte das Regime, seiner Einnahmequellen beraubt, effektiv in die Knie gezwungen werden.

Stattdessen hat man den Eindruck, die größten Anhänger 'stabiler', d.h. diktatorischer Verhältnisse fände das Mullah-Regime nicht in Teheran, sondern in Brüssel und vor allem Berlin. Schon vor der 'Wahl' übersandte die deutsche Wirtschaft Ahmadinejad ihre Glückwünsche – in Form eines neuen Rekordgeschäfts, eines 825-Millionen-Deals der deutschen Firma Basell Polyolefine GmbH. Und zur Unterdrückung der

Massenproteste konnte Ahmadinejad sich auf die bewährten Produkte »made in Germany« verlassen: In Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Nokia hat der deutsche Siemens-Konzern jahrelang Technologie zur elektronischen Überwachung von E-mails, Twitter etc. geliefert. Auch Elektroschocker und Einsatzfahrzeuge der Repressionskräfte stammen nicht selten aus deutschen Landen.¹

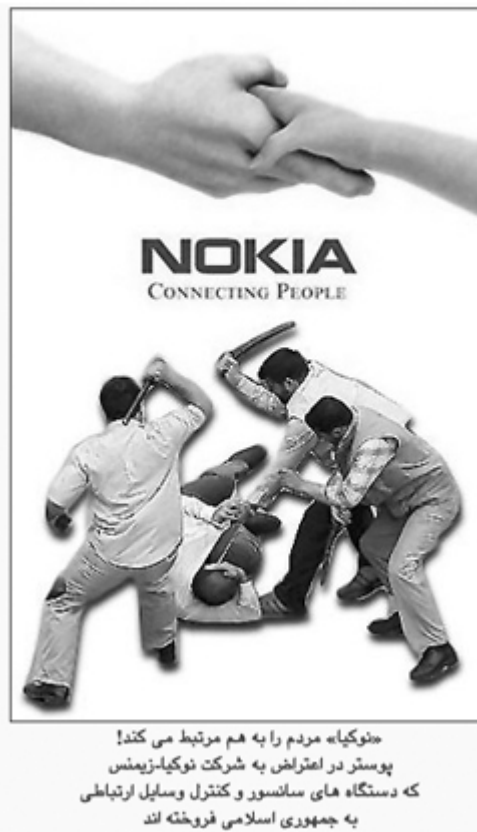
Was die Bundesregierung gegen derlei mörderische Geschäfte zu unternehmen gedenkt, hat ihr Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, in dankenswerter Deutlichkeit klargestellt: gar nichts. »Das Einzige, was die [iranische] Bevölkerung, die da so mutig ist, von uns erwarten kann, ist, dass wir das zur Kenntnis nehmen, was da passiert, dass wir darüber reden, dass wir das anprangern«, erklärte er. Gut, dass wir darüber geredet haben.

Während Honduras, als Militärs den gewählten Präsidenten absetzten, mit dem Abzug aller EU-Botschafter gedroht wurde, gab es in Bezug auf den Iran nichts dergleichen: keine Sanktionsdrohung, keine Ausweisung des iranischen Botschafters, keine Öffnung der Teheraner Botschaft für verfolgte Iranerinnen und Iraner. Denn anders als Honduras verfügt der Iran über Ressourcen, die ihn für aufstrebende deutsche Geopolitiker attraktiv machen: nicht zuletzt im Sinne einer strategischen Partnerschaft gegen den gemeinsamen Konkurrenten Amerika, die einflussreiche Autoren wie Christoph Bertram seit Jahren propagieren. Massenproteste der Bevölkerung können da nur stören.

In diese Riege gehört auch die Deutsch-Iranische Handelskammer. Unter den Lobbyorganisationen der deutschen Wirtschaft ist sie eine der unangenehmsten. Moralische Bedenken wegen der Unterstützung eines klerikal-faschistischen Regimes, das Schwule an Baukränen aufhängen lässt

und Israel in ein großes Krematorium verwandeln will, kennt sie nach eigenen Aussagen nicht; sie fürchtet allein, dass Mitarbeiter der Teheraner Vertretung bei Demonstrationen zu Schaden kommen könnten.ⁱⁱ Dementsprechend sieht auch ihre Praxis aus. Schon 2008 bot sie ein Seminar an, um Interessierte zu instruieren, wie trotz Sanktionen die Profite gesteigert werden können – wozu dann auch eine Vertreterin der zu 100% in iranischem Staatsbesitz befindlichen Bank Mellī eingeladen wurde, die sogar von der EU mit Sanktionen belegt wird.

Protestgrafik gegen die Firma Nokia Siemens, die Zensur- und Überwachungstechnik an die Islamische Republik verkauft hat



Sorgen wir dafür, dass Deutschland nicht länger als ökonomischer Sponsor und diplomatischer Schutzpatron des Regimes agiert!

Nieder mit der Islamischen Republik – für Freiheit, Säkularismus und Geschlechtergleichheit im Iran!

KUNDGEBUNG: MONTAG, 13. JULI, 8:30 VOR DER HANDWERKSKAMMER (HOLSTENWALL 12)

Stop the Bomb-Koalition Hamburg & Hamburger Studienbibliothek e.V.

Die Petition von Stop the Bomb für Sanktionen gegen den Iran kann online unterschrieben werden: <http://de.stopthebomb.net>

Informationen zum Iran finden sich auch unter <http://freeirannow.wordpress.com/>

sowie in: S. Grigat / S. Hartmann (Hg.), *Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer*. Wien u.a.: Studienverlag, 2008, € 29,80

V.i.S.d.P.: L. Ehlers, Hospitalstr. 85, 22767 Hamburg

ⁱ<http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2009/0702/iran.php5>

ⁱⁱ<http://www.lizaswelt.net/2009/06/post-vom-kammerdiener.html>